

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

14.12.1929 (No. 292)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Nr. 9515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Krenn, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederbestellungen tarifferter Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Amtlicher Teil

Baden und die Tabaksteuer

Auf Grund einer gestern im Ministerium des Innern stattgehabten Besprechung mit Vertretern der Tabakindustrie wurde die Badische Gesandtschaft in Berlin telegraphisch angewiesen, nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei einer Neuregelung der Tabaksteuer die heutige Spanne für den steuerbegünstigten Feinschnitt, achten Feinschnitt (Pfeifentabak) und Zigaretten beibehalten wird.

Es kriselt in Frankreich und England

Paris, 14. Dez. (Tel.) Die Erregung in sozialistischen und radikalen Kreisen gegen Ministerpräsident Lardieu wegen einer im Senat gehaltenen Rede, die als ein Angriff gegen die Kammer gedeutet wird, hat bereits zur Einbringung verschiedener Interpellationen geführt, für die der Zeitpunkt der Beratung am kommenden Montag festgesetzt werden soll. Die Stellen der Rede Lardieus, die die Mißbilligung der linksstehenden parlamentarischen Kreise gefunden haben, lauten nach dem Blatt 'La République' — im 'Journal Officiel' sollen sie nachträglich korrigiert werden.

London, 14. Dez. (Tel.) Der parlamentarische Berichterstatter der 'Times' hält auch heute eine politische Krisis wegen der Kohlenvorlage für unwahrscheinlich. Er bemerkt, die normale Mehrheit der Regierung werde vielleicht beträchtlich vermindert werden, aber niemand in Westminster erwarte eine Regierungsniederlage. Andererseits würde sich Macdonald nicht bereit finden, nach einem demütigenden Mißerfolg in der Innenpolitik an der Fünfmächtenkonferenz im Januar teilzunehmen.

Die Regierung erwartet aber keine Niederlage, weil sie der Ansicht sei, daß keine der Oppositionsparteien einen Regierungswechsel zur gegenwärtigen Zeit wünsche. Es verlautete, daß Graham bei der zweiten Lesung der Kohlenvorlage am Dienstag andeuten werde, daß die Regierung bereit sei, im Laufe der Ausschlußberatung wichtige Zugeständnisse zu machen, um einigen der von den liberalen Führern aufgeworfenen Einwänden zu begegnen.

Zwangsentziehungen im Elsaß

Die militärischen Zwangsentziehungen, die wegen der großen Befestigungsarbeiten im nördlichen Elsaß in größtem Ausmaß stattfinden, sind von der Staatsverwaltung so ungeschickt durchgeführt worden, daß sich die betroffenen Gebiete in größter Erregung befinden. Nicht nur werden zahlreiche Bauernzustellungen durch Entziehung ihres Grundbesitzes vernichtet, da die überreste keine genügende Existenzgrundlage mehr bieten und Erlaß in dem dichtbevölkerten Kleinbauernlande nicht zu beschaffen ist, sondern der Schaden wird auch obendrein nur in unzulänglichen Preisen vergütet. Nun hat der Generalrat des nördlichen Elsaß der enteigneten Bauern in natura durch Abtretung von staatlichem Grundbesitz, angeboten, der allerdings nur in Gestalt von Waldungen zur Verfügung steht.

Der langgesuchte Düsseldorf Mörder soll angeblich in Eger (Mordböheim) in der Person des 31 Jahre alten Chauffeurs Joseph Mayer aus Lehenstein bei Eger in einer kleinen Gastwirtschaft in Eger verhaftet worden sein. Bei Schriftproben ergab sich eine unverkennbare Ähnlichkeit zwischen den Schriftzügen Mayers und den Briefen des Düsseldorf Mordmörders. Das schwerste Verdachtsmoment ist der Umstand, daß bei ihm auch eine Stizze gefunden wurde, die mit der Mordstizze des letzten Düsseldorf Falles übereinstimmt.

Der zur Aufführung der Düsseldorf Mord in Wawawes bei Potsdam verhaftete Arndt Nießroy ist entlassen worden. Er kommt für den Fall Maria Bahn nicht in Betracht.

Der volksparteiliche Magistratsrat Schallbach in Berlin ist Freitag nachmittag, während der Vernehmung beim Staatsanwalt wegen des Skandal-Standals, einem Herzschlag erlegen. Das Verbrechen gegen Schallbach stand bereits vor der Niederschlagung, da sich herausgestellt hatte, daß Schallbach die 1000 Reichsmark, die man ihm anfangs als Bestechungsgelder zur Last legte, auf Beschluß des Ausschusses mit Wissen des Oberbürgermeisters bezogen worden waren.

Letzte Nachrichten

Die Einigungsformel gefunden

Vorausichtlich ein knapper Regierungssieg M. Berlin, 14. Dez. (Priv.-Tel.) Gegenwärtig, um halb 1 Uhr mittags, befinden sich die Parteiführer wieder beim Reichskanzler. Die Einigungsformel ist im wesentlichen gefunden worden, so daß vermutlich, wenn nicht Überraschungen eintreten, die Krise vermieden wird. Allerdings wird das Ganze kein erfreuliches Schauspiel bieten, da die Regierungskoalition nicht unbedingt zusammenhält.

Während die Zentrumsfraktion des Reichstags heute früh dem von den Parteiführern in der heutigen Nacht formulierten Vertrauensantrag für die Regierung vorbehaltlos zustimmte, ebenso die Demokraten und mit großer Mehrheit die Sozialdemokraten, ist der Beschluß der Zustimmung in der Deutschen Volkspartei nur mit knapper Mehrheit gefaßt worden, und zwar mit 22 gegen 17 Stimmen. Ein Teil dieser 17 Abgeordneten wird außerdem vorausichtlich sogar gegen die Regierung stimmen. Schwierigkeiten liegen weiter noch in der Bayerischen Volkspartei vor. Man bemüht sich augenblicklich, diese Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, doch ist es zweifelhaft, ob das gelingen kann. Die Gefahr, daß die Bayerische Volkspartei aus der Koalition ausscheidet, ist noch nicht behoben. Es wird also vorausichtlich ein knapper Sieg für die Regierung werden, der lediglich die Bedeutung hat, daß man über den 1. Januar hinwegkommt.

Es wurde bekannt, daß die Deutsche Volkspartei an die Zustimmung zum Vertrauensvotum die Bedingung geknüpft hat, daß neben dem Sofortprogramm, das von den Parteien als Initiativgesetz eingebracht werden soll, ein weiteres Initiativgesetz vorgelegt werden soll, das sich auf die Senkung der Einkommensteuer bezieht. Wie in parlamentarischen Kreisen verlauset, werden zur Zeit Verhandlungen in dieser Frage geführt. Es wäre möglich, daß die Reichstagsführung auf einige Zeit unterbrochen wird, wenn diese Verhandlungen nicht rechtzeitig zum Abschluß kommen.

Man rechnet im Reichstag damit, daß das Vertrauensvotum angenommen wird, auch dann, wenn die etwa 50 Stimmen der Andersdenkenden im Regierungslager durch Stimmenthaltung oder Reinsagen ausfallen.

Haftbefehl gegen Expräsident Calles

In Amerika des Nordes beschuldigt

New York, 14. Dez. (Tel.) Der frühere Präsident von Mexiko, General Calles, erfuhr, als er gestern mit der 'Dreizehn' von seiner Europareise hierher zurückkehrte, daß die Behörden von Laredo im nordamerikanischen Staat Texas wegen Teilnahme an der Ermordung zweier Offiziere der mexikanischen Armee einen Haftbefehl gegen ihn erlassen haben. Danach soll Calles bei seiner Durchfahrt durch die auf dem Wege nach Mexiko liegende Stadt Laredo verhaftet werden. Der Haftbefehl bezieht sich auf den Tod des Generals Blanco und des Obersten Mariner, deren Leichen mit Handfesseln im Jahre 1922 in dem die Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten bildenden Rio Grande in der Nähe von Laredo gefunden wurden. Aus Washington wird hierzu gemeldet, daß Calles sich im Besitz eines Diplomatenaufpasses befindet, der jede Möglichkeit der Verhaftung auf amerikanischem Boden ausschließt.

Der Reichspräsident gab am Freitagabend zu Ehren der Reichsregierung ein Essen, an dem der Reichskanzler und die Reichsminister, der Präsident und die Vizepräsidenten des Reichstags, der preussische Ministerpräsident, der Präsident des Reichsgerichts, der Oberreichsanwalt, der Präsident des Rechnungshofs, der Präsident der Reichsbank, der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, die Bevollmächtigten der Länder zum Reichsrat, der Chef der Heeresleitung und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit ihren Damen teilnahmen.

Der Reichskanzler sprach dem Reichsernährungsminister Dr. Dietrich anlässlich der Vollendung seines 50. Lebensjahres in einem persönlichen Schreiben seine und der Reichsregierung Glückwünsche aus.

Scholz Parteivorstand. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei wählte heute, Samstag, den Abg. Dr. Scholz zum Parteivorstand. Die Wahl des Abg. Scholz erfolgte bei gänzlicher Abwesenheit der durch die politischen Verhältnisse im Reichstag festgehaltenen Mitglieder der Reichstagsfraktion mit 153 von 181 abgegebenen Stimmen. 25 enthielten sich der Stimme, 3 Stimmen waren gesperrt.

Die deutschnationale Arbeitsgemeinschaft und die Christlich-nationale Bauernpartei haben sich unter voller Wahrung ihrer Selbstständigkeit zu einer Fraktionsgemeinschaft im Sinne der Geschäftsordnung des Reichstags zur Ausübung der parlamentarischen Arbeitsmöglichkeiten zusammengeschlossen. Die Fraktion führt den Namen 'Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft'.

*Heute Entscheidung im Reichstag

Die gestrige Sitzung des Reichstags brachte die Erklärungen der Fraktionsführer. Zusammenfassend kann man darüber folgendes sagen: die Oppositionsparteien lehnen das Finanzprogramm und das zu erwartende Vertrauensvotum, um dessen Formulierung unter den Regierungsparteien noch gekämpft wird, rundweg ab. Von den Regierungsparteien sind Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei bereit, das Finanzprogramm als Ganzes zu akzeptieren; die Bereitwilligkeit der Deutschen Volkspartei wird unter der Voraussetzung ausgesprochen, daß alle übrigen Regierungsparteien den gleichen Willen bekunden. Die Bayerische Volkspartei konnte gestern dem Gesamtprogramm der Reichsregierung nicht zustimmen. Und auch die Ausführungen des Sprechers der Sozialdemokratischen Fraktion wurden dahin verstanden, daß die Fraktion dem Programm nicht zuzustimmen vermöge.

Begründet wurde diese Haltung der Sozialdemokratie mit dem Satz, man könne noch nicht abschließend Stellung zu dem Programm nehmen, 'weil die ungünstige Entwicklung der Finanzverhältnisse des Reiches es zweifelhaft mache, ob die Voraussetzung für eine so umfangreiche Steuererhöhung, wie die Regierung sie plane, gegeben sei'. Zu diesem Argument wäre zu bemerken, daß nach der sicherlich richtigen Einsicht des gesamten Reichskabinetts die Steuererhöhung die einzige Maßnahme ist, die eine Ankurbelung der Wirtschaft bewirken kann, und daß gerade diese Ankurbelung bessere Steuererträge bringen wird. Diesen Zusammenhang wird man sich vor Augen halten müssen, wenn man die jetzige Wirtschafts- und finanzpolitische Situation überhaupt verstehen will. Es wäre unangebracht, der Ruh geringeres oder schlechteres Futter zu geben, weil die Butter nichts taugt und keinen Abfah findet. Umgekehrt muß man vorgehen: erst das richtige Futter, dann das richtige Melken, und dann werden die Güte und Abfahfähigkeit der Butter nebst dem entsprechenden Gewinn eine Selbstverständlichkeit sein. Man muß sich in wirtschaftspolitischen Dingen vor jedem Doktrinarismus hüten, der das Pferd von hinten aufzäumen will, man darf nicht mit Wirkungen rechnen, ohne daß man sich um das Kimmert, was einzig und allein diese Wirkungen hervorbringen kann.

So steht es ja schließlich auch mit der Sozialpolitik. Mit gefüllten Kassen und bei einer prosperierenden Wirtschaft kann man naturgemäß eine großzügigere Sozialpolitik treiben als mit leeren Kassen und mit einer Wirtschaft, die faktisch nicht weiß, wie sie über diesen Winter hinwegkommen soll. Gewiß haben wir uns in den letzten fünf Jahren im ganzen und vor allem im Vergleich zu dem unfähigen Tiefstand der ersten Nachkriegsjahre wieder etwas erholt. Aber vieles von dem, was uns imponierend vorkommt, ist doch nur ein Schein. Und auch das faktisch Erreichte wird durch die Krisis der letzten Monate in Frage gestellt. Und deshalb ist es dringend notwendig, die Krisis zu beheben.

Nach Schluß der gestrigen Reichstagsitzung haben die Konferenzen des Reichskabinetts mit den Parteiführern der Regierungskoalition begonnen. Die allgemeine Auffassung geht wohl dahin, daß, wenn der Reichskanzler die Nerven nicht verliert und fest bleibt, der Finanzreformplan der Regierung und das Vertrauensvotum eine ausreichende Mehrheit finden werden. Auf den Wortlaut dieses Vertrauensvotums kommt es allerdings sehr an. Kompliziert wird die Lage dadurch, daß an gewissen Einzelheiten des Finanzprogramms teilweise recht begründete Kritik geübt wird — so vor allem vom Standpunkt der Länder aus —, daß aber andererseits zwei Punkte des Programms jetzt sofort erledigt werden müssen, ohne daß man die felsenfeste Garantie hat, daß dann auch die Erledigung der anderen Punkte faktisch erfolgen wird. Nun, wir meinen, man sollte hier nicht gar zu vorsichtig und ängstlich sein. Ohne Vertrauen läßt sich überhaupt keine Politik treiben. Und es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn alle Regierungsparteien sich verpflichten, das Finanzprogramm in seinen Grundzügen durchzuführen, dann auch alle Regierungsparteien einem klar formulierten Vertrauensvotum zustimmen können.

Ob die Auffassung richtig ist, daß man mit all den Gesehntwürfen, die für die Realisierung des Programms notwendig sind, bis nach der Haager Konferenz warten müsse, darüber wird gestritten. Übereinstimmung aber besteht, soviel wir aus der Presse erfahren, darüber, daß eine Regierungskrisis vermieden werden muß, und daß

die gegenpartige Regierung unbedingt den Ultimo des Jahres und die zweite Haager Konferenz zu überleben habe. Nach den letzten Meldungen soll eine Annäherung unter den Parteien zu verzeichnen gewesen sein. Die Entscheidung selbst wird ja heute im Lauf des Tages oder im Lauf der Abendstunden fallen.

Die Finanzdebatte im Reichstag Die Aussprache am Freitag

Der Beginn der Reichstagsitzung am Freitag wurde von 1 Uhr auf 3 Uhr verschoben, weil mittags die Regierungsparteien die Hoffnung hatten, daß sie bis dahin eine Einheitsformel für die Vertrauenserklärung gefunden haben würden. Diese Hoffnung erwies sich jedoch als trügerisch. Als um 8 Uhr die Sitzung eröffnet wurde, waren die Gegenstände keineswegs überbrückt. Nun bestand die Gefahr, daß sich die Vertreter der Koalitionsparteien im Plenum noch weiter auseinandersetzen würden.

Darauf war es wohl zurückzuführen, daß sich beim Beginn der Sitzung keine Regierungspartei in die Rednerliste eingetragen hatte.

Als erster Debatterredner trat der Kommunist Dr. Neubauer auf den Plan. Ihm folgte der Nationalsozialist Straßer. Beide Reden stimmten nicht nur inhaltlich, sondern auch in ihrem Aufbau überein: Das Finanzprogramm der Regierung ist nach dem Diktat des Trustkapitals zur Ausbeutung der wertvollen Massen bestimmt und wird ergänzt durch Severings Republikgesetz, das eine Revolte der Massen niederschlagen soll. Für die deutschnationale Fraktion sprach Dr. Naack, für die deutschnationale Arbeitsgemeinschaft Abg. von Lindener-Wildau. Beide begrüßten das Vorgehen von Dr. Schacht, beide wandten sich gegen den Youngplan und gegen die ganze Außenpolitik der Regierung. In der Tonart aber zeigte sich ein großer Unterschied. Während Dr. Naack bei der Kritik der Regierung so scharfe Worte fand, daß er sich zwei Ordnungsrufe zuzog, betonte Abg. von Lindener-Wildau, seine Freunde würden in ihrer Haltung nicht durch die Parteilichkeit der Regierungsmitglieder beeinflusst, sie fühlten sich auch nicht als Gegner des heutigen Staates, sondern wollten in ihm mitarbeiten. Die Christlich-nationale Bauernpartei lehnte das Programm ab.

Die Regierungsparteien gaben formulierte Erklärungen zum Finanzprogramm ab. Die Demokraten bekundeten ihre volle Zustimmung. Die Deutsche Volkspartei äußerte zwar gegen manche Punkte Bedenken, schloß aber ihre Erklärung mit dem Ausdruck der Bereitwilligkeit, das Finanzprogramm als Ganzes anzunehmen, wenn auch die übrigen Regierungsparteien dem Gesamtprogramm zustimmen. Diese Bedingung, die übrigens auch von den Demokraten gestellt wird, ist nicht erfüllt. Die Bayerische Volkspartei und die Sozialdemokraten wollen zwar durch Annahme des Sofortprogrammes die dringende Not der Reichskasse beheben, stimmen aber dem Gesamtprogramm nicht zu, weil sie vor allem Bedenken gegen die vorgeschlagenen Steuererhöhungen haben.

Reichsminister Müller nahm das Wort, aber er beschränkte sich auf eine Abwehr der deutschnationalen Angriffe und ging noch nicht auf die Erklärungen der Regierungsparteien ein.

Eine Rede Hülserdings

In der Sitzung am heutigen Samstag, die um 11 Uhr begann, sprach zunächst der deutschnationale Abg. Dr. Oberfohren. Er sagte, praktisch sei der Zusammenbruch des Kabinetts Hermann Müller da. Selbst wenn jetzt ein kümmerlicher Ausweg gefunden werde, sei die offene Feldschlacht, in der die Regierung siegen wollte, von ihr verloren. Die heutige Finanzmethode führe das Volk mit verbundenen Augen in den Abgrund. Von einer umfassenden Finanz- und Steuerreform ist keine Rede.

Dann sprach Finanzminister Dr. Hülserding: Als die jetzige Regierung ihr Amt antrat, mußte sie ein Kassendefizit von mehr als einer Milliarde übernehmen. In den Jahren 1926 und 1927 wurden alle früheren Reserven aufgezehrt. Wenn die Kreuger-Anleihe eingegangen ist, wird das Kassendefizit am 1. April noch 900 Millionen betragen, denen 400 Millionen an Dedungsmitteln gegenüberstehen. Um das Defizit zu beseitigen, brauchen wir die schleunige Durchführung der Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung. Von einer katastrophalen Finanzlage Deutschlands kann man nicht sprechen. Wer das tut, erschüttert den deutschen Kredit in der Welt. Wir arbeiten daran, für die Zukunft das Finanzwesen dadurch zur Gesundheit zu bringen, daß keine Ausgabe mehr ohne Deckung beschlossen werden kann. Ich habe für den letzten Etat Steuererhöhungen vorgeschlagen. Der Reichstag war

dagegen. Er hat die Einnahmen zu hoch, die Ausgaben zu niedrig angesetzt. Was der Reichstag damals von meinen Forderungen abgelehnt hat, das ist der Betrag des Defizits, vor dem wir jetzt stehen.

Ich hätte damals die Konsequenz des Rücktritts ziehen sollen, aber bei der schwierigen politischen Lage hielten wir es damals für unsere Pflicht, dem Reich eine stabile Regierung zu erhalten. Die Deutschnationalen haben durch ihre Forderungen die Ausgaben wesentlich erhöht. Bei der Aufstellung des nächsten Etats müssen wir mit aller Sparsamkeit, aber auch mit aller Sorgfalt vorgehen. Wir erwarten von der Steuerentlastung einen Auftrieb der Wirtschaft, eine Verminderung der Arbeitslosigkeit und dadurch weitere Ersparnisse. Die Steuerentlastung wird uns auch eine Vereinfachung und Verbildung der Verwaltung ermöglichen. Die Beseitigung der in der Kommunalverwaltung vorhandenen Schäden muß im Einverständnis mit den Kommunen möglich sein. Die Finanzen der Länder und des Reiches werden von unabhängigen Instanzen geprüft. Das muß sich auch für die Städte erreichen lassen.

Der Minister geht dann auf die einzelnen Punkte des Finanzprogramms ein. Dieses Programm sei wirtschaftlich und sozial tragbar. Es werde seinen Zweck erreichen, wenn der Reichstag die Regierung unterstütze.

Eine Niesenschmuggelaffäre in der Schweiz

Die Untersuchung über die größte Niesenschmuggelaffäre, welche bisher schweizerische Behörden beschäftigt hat, steht, wie aus Basel gemeldet wird, unmittelbar vor dem Abschluß. Es handelt sich um die Verschlebung ungewöhnlich großer Mengen von Heroin und anderer Kokainderivaten. Es konnte ermittelt werden, daß im St. Johannquartier in Basel sich ein chemisches Laboratorium befand, in welchem Betäubungsmittel in großen Mengen hergestellt wurden. Die Fäden führten, wie die weiteren Untersuchungen ergaben, nach Zürich, Lugano, Gené, Mailand und nach Deutschland. In Mailand und Gené wurden Nachforschungen mit Erfolg angestellt. Der in Basel in Haft genommene Chemiker ist ein in Basel ansässiger Deutscher. Er ist geständig. Wie groß der Wert der verschobenen Betäubungsmittel ist, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden, doch dürfte die Annahme kaum fehlgehen, daß er eine Million Schweizer Franken übersteigt.

Der Reichsbahninspektor Krause, der die Stationskasse in Göttingen verwaltet, ist wegen Unterschlagung von insgesamt 118 000 Reichsmark in Haft genommen worden. — Die Reichsbahndirektion Kassel teilt dazu mit, sie müsse mit Rücksicht auf die schwebende Untersuchung davon absehen, Erklärungen über die näheren Umstände der Verschlebung abzugeben.

Manasse Friedländer, der in Berlin seinen 16jährigen Bruder Waldemar und dessen gleichalteren Freund erschossen hatte und daraufhin zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist gegen Stellung einer Kaution von 10 000 Reichsmark aus der Haft entlassen worden. Man befürchtet bei Fortdauer der Haft Geisteskrankheit. Das Urteil des Schwurgerichts ist noch nicht rechtskräftig, da Revision eingelegt ist.

Ein nicht alltäglicher Vorfall hat sich heute vormittag in einem Straßenbahnwagen in Berlin zugetragen. Während der Fahrt durch die Schönhauser Allee wurde plötzlich eine Infantin, eine 24 Jahre alte Frau, von einem Mädchen entbunden. Kind und Mutter wurden von einem Schupobeamten mittels Drahtseile in das Reichshof-Krankenhaus gebracht.

Das Verbrechen gegen die schwedische Staatsangehörige Margareta Namstad, die am 24. November in der Peterskirche im Vatikan ein Attentat auf den ehemaligen apostolischen Nuntius für Schweden, Mgr. Emili, verübt hatte, ist wegen Schwachsinn der Angreiferin niedergebunden worden. Der Gouverneur der Stadt des Vatikans hat Margareta Namstad dem schwedischen Konsul übergeben.

Der Herrenhof der Rotterdamsche, das durch die von Selma Lagerlöf geschaffene „Gösta-Berlings-Sage“ weltbekannte Göttertempel, wie aus Stockholm gemeldet wird, bis auf die Grundmauern nieder. Von dem sehr wertvollen Inventar konnte fast nichts gerettet werden. Das Haus, das Mitte des vorigen Jahrhunderts gebaut wurde, war mit 130 000 Kronen versichert.

Nach einer Meldung der Associated Press aus Nogales (Arizona) gezielten mexikanische Bundesstruppen bei Scurapira im Staate Sonora mit einer etwa 200 Mann zählenden Räuberbande in ein Gefecht, aus dem die Regierungstruppen als Sieger hervorgingen. 3 Banditen, darunter der Führer, wurden im Kampfe getötet, 20 Banditen wurden handrechtlich erschossen.

Karlsruher Konzerte

Noch ist es nicht Zeit, ein bestimmtes Schlusswort unter das Schaffen von

Julius Weismann

zu setzen, aber die in den nächsten Tagen erreichte Altersgrenze von 60 Jahren gemahnt immerhin, vor dem bisherigen Lebenswerk dieses fleißigen Komponisten — die hohe Opuszahl 100 zeugt von seinem außerordentlich starken schöpferischen Schaffensdrang — eine aufrichtig gemeinte Verbeugung zu machen. Auch das breite Publikum scheint ja heute genügend an ihm interessiert, und wenn er dem öffentlichen Bewußtsein als der gegenwärtig repräsentativste badische Musiker gilt, so ist gerade diese Behauptung längst nicht mehr beweisbedürftig, letzten Endes übrigens zugleich mit einer Ursache für die vielen festlichen Veranstaltungen, die zu Ehren des Jubilars jetzt landauf landab inszeniert werden.

Freilich, weit eher als über so schöne totale und solidaritätsstärkende Begeisterung wäre über die andere Frage zu diskutieren, ob nun das offizielle Ständesinteresse, d. h. in erster Linie die sachmännliche Presse, ihn ebenfalls manch anderen markanten musikalischen Persönlichkeiten gleich, oder höhergeordnet anerkennt. Zweifellos ist man auch dort schon wiederholt sehr rechtshaffenen Berichten über Art und Leistung dieses Freiburger Tonsetzers begegnet, besonders seitdem Weismann anfangs, sich die Opernbühne zu erobern. Das letzte ist zumindest typisch, insofern bei gewissen Leuten eben immer noch erit die überschätzte Opernherrlichkeit eine ernst kritische Stellungnahme erzwingt, während für das übrige Schaffen allenfalls ein gnädig herablassendes Lob abfällt, gerade wie wenn Weismann z. B. uns sonst eigentlich nur mit freundlichen Hausmannsgewinnen versorgt habe. Daß dem keineswegs so ist, braucht man dem Kenner all der Werte, die Weismann auf den verschiedenartigsten Gebieten musikalischer Ausdrucksformen bisher geschaffen, kaum zu sagen, ja, in die Musikgeschichte wird er wahrscheinlich überhaupt nicht so sehr als Musikdramatiker und Sinfoniker, sondern als Schöpfer eigenartiger eingestellter Chor- und Kammermusik vorwiegend eingehen, denn in dieser Richtung hat er vor allem seinen eigenen Weg gefunden, seitab von jedem überhöhten Radikalismus und allem kaltherzigen, genialisch bluffenden Getöse, und obwohl er nicht aus Konjunkturgründen zum Minimalisten ward, so deuten doch auch seine ursprünglich ganz tonal-romantisch

eingestellten, dann impressionistisch gefärbten Eingebungen heute eine aussichtsreiche Verschmelzung mit der linearen Kontrapunktik und deren polytonal bereicherter Harmonik an. Gewiß an den Endergebnissen gemessen, die etwa Reger oder Busoni — um nur zwei für seine Generation charakteristische Namen anzuführen — erreichten, dünnt sein Schaffen unproblematisch, ohne indessen an schöpferischer Identität ihnen erheblich nachzugeben. Denn was diese Bahnbrecher und Führer unrer Musikrenaissance bezweckten, ist es nicht nur das entscheidende Kriterium für Weismann, der es sicherlich hing und Rang ebenso wenig leicht macht, seine Musik zu verstehen, der als tief veranlagter Künstler aber auch auf billige Sensationen verzichtet, die ihn zum Gelden der „Jetzzeit“ machen könnten?

Die Badische Hochschule für Musik

gab dem Komponisten Gelegenheit, an zwei ihm allein gewidmeten Festkonzerten eine Reihe neuerer und älterer Werke vorzuführen. In der Vortragsfolge des ersten Abends war es ausschließlich Schülern der Ausbildungsklassen vorbehalten, für den zu Feiernden am Podium einzutreten. Sie taten's mit großem Eifer und Fleiß; selbst wo die bewegliche Klangfärbung des Komponisten an die Musikalität und an das technische Vermögen der Ausführenden höchste Ansprüche stellte, wurde sie sicher erfüllt und brachte den einzelnen Interpreten starken Extrabeifall. Natürlich begrüßte das übervolle Haus nicht minder herzlich Julius Weismann selbst, als er am zweiten Abend persönlich einigen Werken zu einer ausgezeichneten Wiebergabe verhalf zusammen mit Josef Velscher (Violine) und Paul Trautwetter (Cello). Besonders Interesse forderten darunter die 18 Inventionen für Klavier, nicht nur weil sie zur Uraufführung kamen, sondern weil sie für das temperierte Instrument und seine begrenzte Tastatur auch ein Experiment waren. Es sind kontrapunktisch eng verstrickte, so sachlicher Zweck und Dreifachtmittel fortentwickelte Studien, die somit der allhergebrachten Gefühlseligkeit eines Klaviers eigentlich miderstreben, und deren unerbitliche Logik wohl in einer Befreiung für Streicher noch stärker zum Bewußtsein käme. Trotz einer leichten Eintönigkeit war jedoch der erzielte Eindruck eindrucklich genug, so daß danach der Beifall besonders lebhaft einsetzte. Erwähnenswert ist noch die Beteiligung des Kammerchors der Hochschule, der unter Franz Philipps Leitung Weismanns Opus 65 „Alle kommt wieder“ für A-cappella-Frauenchor zur örtlichen Uraufführung brachte.

Der Reichsrat nahm am Freitag in seiner öffentlichen Sitzung den Gesetzentwurf zur Regelung älterer staatlicher Renten (Ständeherrrenten usw.) in der Fassung des Reichstags an.

Lindeiner-Wildau aus der Partei ausgetreten. Den Wählern zufolge hat der Reichstagsabgeordnete von Lindeiner-Wildau, der befamlich vor kurzem aus der deutschnationalen Fraktion ausgeschieden war, nunmehr auch seinen Austritt aus der deutschnationalen Partei vollzogen, nachdem es ihm nicht gelungen war, seinen Wahlkreis, Hessen-Nassau, zu sich herüberzuziehen.

Kommunisten schrieben auf Nationalsozialisten. Nach einer nationalsozialistischen Versammlung in Berlin-Wilmersdorf wurden kurz nach Mitternacht verschiedene Teilnehmer auf der Straße von Kommunisten überfallen und angeschossen. Es fielen etwa sechs Schüsse. Der 19jährige Nationalsozialist Walter Hülser aus Friedenau wurde so schwer verletzt, daß er starb.

Badischer Teil

Landesverband gegen den Alkoholismus

Der Landesauschuss des Verbandes gegen den Alkoholismus e. V. hielt Freitag nachmittag im kleinen Sitzungssaal der Handelskammer in Karlsruhe seine diesjährige Tagung ab. Der Vorsitzende, Ministerialdirektor Dr. Fuchs, hielt die Vertreter der Ministerien, der staatlichen und kirchlichen Behörden sowie der dem Landesverbände angeschlossenen Organisationen herzlich willkommen und betonte die Dank für die Unterstützung durch die Regierung.

Zunächst erhalteten die Vorsitzenden der einzelnen Abteilungen ihre Berichte. Dr. Neumann gab Aufschluß über den Stand der Trinkerheilstätte Renschen, die erhöhte Frequenz spreche nicht für eine Zunahme der Trunksucht, sondern für die zunehmende Erkenntnis der bestehenden Wirkung einer systematischen Heilstratenbehandlung. Die Heilerfolge seien verhältnismäßig günstig — 30 bis 33 Prozent —. Im Laufe des Jahres wurde ein Ökonomiegebäude errichtet und in Betrieb genommen, was einen Gewinn für die Anstalt bedeutet, da hierdurch die systematische Arbeitsbehandlung auf eine breitere Basis gestellt werden konnte.

Starrat Jung berichtete über die Tätigkeit des Ausschusses für Trinkerfürsorge. In Baden bestanden 6 Trinkerfürsorgestellen, vornehmlich in den Städten. Man versucht, die fürsorgerätige auch auf das Land auszudehnen. Zu diesem Zweck haben in Kärnten und Bilingen Konferenzen stattgefunden, weitere sollen in Offenburg, Kilstatt und Bruchsal folgen. Die Trinkerfürsorge lehnt sich stark an die ärztliche Beratung an. Die Einweisung in Anstalten geschieht auf Grund des Trinkerfürsorgegesetzes. Als bezeichnend bezeichnet der Referent die Zunahme der Trunksucht unter den Jugendlichen. Er befragte über die Einführung eines Schutzgesetzes gegen den Alkoholismus, den Konsumierungsplan für den Flaschenbierhandel, gesetzliche Verankerung der alkoholfreien Jugendberziehung, Förderung der Schmelzbereitung usw.

Wohlfahrtsreferent Berner schilderte die Arbeit des Ausschusses für Auffklärung. Es wurde auch im verflossenen Jahre eine umfassende Werbeaktivität entfaltet. Der Ausschuss hat sich an der Ausstellung „Weg zur Gesundheit“ beteiligt, im „Haus der Gesundheit“ in Karlsruhe wurde eine Zentrale für die Auffklärungsarbeit geschaffen. Der Ausschuss für alkoholfreie Jugendberziehung unter Führung des Prof. Mittelstraf, hat in 75 Schulanstalten Vorträge veranstaltet. Reichsbahn und Oberpostdirektion unterstützten in lobenswerter Weise für ihren Bereich die Bestrebungen des Landesverbandes. Im Hause der Gesundheit ist ein Lehrgang für die Alkoholfrage für Post- und Eisenbahnbeamte beabsichtigt. Für die Volksschulen soll ein Wanderlehrer angestellt werden.

Über die gärungslose Früchteverwertung berichtete der um die Sache hochverdiente Referent Günter. Er konnte über eine erfreuliche Entwicklung dieses Tätigkeitsgebietes berichten. In diesem Jahre wurden dank der guten Obfernte schätzungsweise eine halbe Million Liter Schmelz hergestellt. Der Referent appellierte an das Interesse der Obstbauvereine, der Küfermeister und der Kreise und legte dar, daß gerade die gärungslose Früchteverwertung ein Mittel zur Förderung des Obstbaues darstelle. Neben die Sorge für die Erzeugung habe die Werbung für den Verbrauch zu treten. An die Berichterstatter schloß sich eine rege Aussprache, wobei besonders abgehoben wurde auf die Alkoholfrage für den Ausländer, auf die Notwendigkeit der Mitwirkung der Polizei bei Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs, auf die Unterbringung unterbesserlicher Trinker in Arbeitsanstalten usw.

Der Vertreter der Reichsbahndirektion berichtete eingehend über die seitens seiner Behörde im Interesse der Betriebssicherheit getroffenen Maßnahmen, und wies nach, wie außerordentlich viel auf dem Wege der Belehrung und Aufklärung erreicht werden kann.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Rechnung des Jahres 1928 verlesen und der Voranschlag für 1930 genehmigt, der mit einem Betrage von 43 800 Reichsmark bilanziert. Unter den Einnahmen figurieren der Zuschuß des badischen Staates mit 18 600 Reichsmark und der Reichsausschuss mit 21 500 Reichsmark.

Berufskundliche Rundfunkvorträge

Im Laufe des Monats Januar finden folgende Vorträge statt: 3. Jan. 1930: Der deutsche Bodenfunktionär, Oberleutnant Grafenauer, Hechingen; 10. Jan. 1930: Sport, Turnen und Gynastik als Frauenberufe, Berufsberaterin Hoff, Freiburg; 17. Jan. 1930: Probleme des kaufmännischen Nachwuchses, Berufsberater Dr. Reibinger, Mannheim; 24. Jan. 1930: Berufe des Versicherungsgewerbes, Berufsberater Werner, Stuttgart; 31. Jan. 1930: Seltenheit und angelegene Frauenarbeit in Handwerk und Gewerbe, Berufsberaterin Mayer, Stuttgart.

Anerkennung für Lebensrettung

Der Landeskommissar für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach hat dem Schmied Philipp Neubauer und dem Schlosser Wilhelm Falter in Eichenheim, die am 1. September gemeinsam einen 5jährigen Volksschüler vom Tode des Ertrinkens im Redar retteten, für ihr mutvolles Handeln eine öffentliche Belobung ausgesprochen. Neubauer hat kurze Zeit darauf noch dem an der gleichen Stelle dem Ertrinken nahen Kaufmann Karl Höp aus Eichenheim das Leben gerettet.

Zur Einigung im Genossenschaftswesen

Die „Bad. landw. Zeitung“ (Bad. landw. Genossenschaftsblatt — Der Landwirt) stellt am 31. Dezember 1929 ihr Erscheinen ein. An ihre Stelle tritt das allen Landwirten bekannte „Badische landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt“, das Organ der neuen Einheitsgenossenschaftsorganisation, Karlsruhe.

Genehmigte Steuererleichterung. Die 68. außerordentliche Kreisversammlung des Kreises Waldshut, die im Rathausaal in Säckingen am Samstag abgehalten wurde, genehmigte einstimmig die seinerzeit mitgeteilte Steuererleichterung für das Wasserstraßenwerk Reckingen.